

## + + + Interfraktioneller Antrag: Würzburg als Cannabis-Modellregion + + +

Stadt Würzburg  
Herrn Oberbürgermeister  
Christian Schuchardt  
Rückermainstraße 2

Würzburg, 03.07.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit beantragen wir, auch namens der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD:

- a) Die Stadt Würzburg bekundet ihr Interesse beim Bundesministerium für Gesundheit als Modellregion für den kommerziellen Verkauf von Cannabis in Fachgeschäften.
- b) Die Verwaltung prüft, welche Schritte erforderlich sind, um Würzburg als Pilotregion für das Modellprojekt der Bundesregierung zu bewerben und berichtet hierzu bis Ende des Jahres 2023 im Stadtrat.
- c) Für das Szenario einer Zusage wird unter Federführung des Sozialreferates ein Projektbeirat gebildet, dem u.a. Jugendhilfeeinrichtungen und Verbände angehören.

Begründung:

Die Kriminalisierung von Cannabis-Konsument:innen konnte nicht dazu beitragen, die Anzahl der Nutzer:innen zu reduzieren. Vielmehr wurde der Schwarzmarkt angekurbelt, die Qualität des verkauften Cannabis kann nicht kontrolliert werden, wodurch Verunreinigungen oder gefährliche Zusatzstoffe keine Seltenheit sind. Trotz Kriminalisierung konsumieren Millionen Deutsche regelmäßig Cannabis – Jugend- und Gesundheitsschutz? Fehlanzeige. Aus diesen Gründen hat die Bundesregierung im April 2023 Eckpunkte für eine Entkriminalisierung von Cannabis vorgestellt. Laut Eckpunktepapier soll zunächst der private Eigenanbau ermöglicht und in einem zweiten Schritt die Abgabe in Fachgeschäften umgesetzt werden. In regional begrenzten Modellvorhaben soll dadurch wissenschaftlich genauer untersucht werden, welche

Auswirkung der legale Vertrieb auf Gesundheits- und Jugendschutz hat. Bislang haben bereits mehrere größere Städte ihr Interesse bekundet, als solche Modellregion zur Verfügung zu stehen. Dies beantragen wir nun auch für Würzburg, da unsere Stadt aufgrund ihrer demographischen Zusammensetzung und der räumlich überschaubaren Stadtstruktur die Chance bietet, wertvolle Erfahrungswerte zu sammeln. Um Aspekte des Jugendschutzes in diesem Modellprojekt von Beginn an zu implementieren, soll ein zusätzlicher Projektbeirat die Umsetzung begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Konstantin Mack, Niklas Dehne & Dr. Sandra Vorlova  
namens Bündnis 90 / Die Grünen-Stadtratsfraktion

gez. Alexander Kolbow  
namens SPD-Stadtratsfraktion